

## **A n t r a g**

### **der Fraktion der CDU**

#### **Energiekostenexplosion stoppen - Verbraucher und Unternehmen entlasten**

- I. Der Landtag stellt fest, dass
  1. die deutlichen Preissteigerungen bei Strom, Treibstoffen, Öl und Gas ein für Verbraucher wie auch Unternehmen kaum noch tragbares Maß erreicht haben;
  2. die derzeitigen Energiekosten in Deutschland und Thüringen höher sind als in der Mehrzahl der europäischen Nachbarländer, was zu Belastungen bei den Verbrauchern und Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft führt;
  3. es notwendig ist, die Energieabhängigkeit Deutschlands von einzelnen Ländern zu reduzieren; dazu braucht es einen klugen Energiemix, der unter anderem auch aus dem Zubau im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Sonne, Biomasse, Wasserkraft, Geothermie und Windkraft besteht;
  4. es aber gleichzeitig auch kurzfristiger Maßnahmen bedarf, um eine Überforderung der Verbraucher und einen Zusammenbruch einzelner Wirtschaftszweige zu verhindern;
  5. insbesondere die energieintensiven Unternehmen durch die Entwicklung in Schieflage geraten, da die Kosten von Strom und Gas für diese den Hauptbestandteil der Kosten ausmachen und sie kaum Möglichkeiten haben, diese weiterzugeben.
  
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf,
  1. ein "Nothilfeprogramm für energieintensive Unternehmen" zu entwickeln und unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf Bundesebene ein landeseigenes Kreditprogramm mit Tilgungszuschüssen für Energiemehrkosten zu prüfen;
  2. insbesondere für energieintensive Unternehmen das unabhängige Angebot zur Energieberatung zu verstärken;
  3. auf dem Weg in die angestrebte Energieunabhängigkeit Thüringens gemeinsam mit der Wirtschaft Referenzprojekte zu entwickeln.
  
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich zur Entlastung der Verbraucher auf Bundesebene dafür einzusetzen,
  1. die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 abzusenken;
  2. die Energiesteuer auf europäischer Ebene zu harmonisieren;
  3. die Pendlerpauschale auf mindestens 38 Cent anzuheben und bürgerfreundlich weiterzuentwickeln.

- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, sich zur Entlastung der Thüringer Unternehmen auf Bundesebene dafür einzusetzen,
1. dass die für den Ausgleich der Schwankungen bei erneuerbaren Energien benötigten Energiespeicher, wie zum Beispiel die vorhandenen Pumpspeicherkraftwerke, als Beitrag zum Grundlastausgleich und zur Spitzenlastsicherung angesehen werden, mit dem Ziel, dies bei der Berechnung der Stromnetzentgelte entsprechend zu berücksichtigen;
  2. dass die Glasindustrie in die Liste der Branchen aufgenommen wird, die Anspruch auf Strompreiskompensation (Beihilfen für indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten) haben;
  3. die Stromsteuer im Rahmen einer europäischen Harmonisierung zu reduzieren und Maßnahmen zu ergreifen, die Energieeffizienz insgesamt zu erhöhen;
  4. einen global wettbewerbsfähigen, europaweiten Industriestrompreis einzuführen.

**Begründung:**

Bereits vor Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine mussten Bürger und Unternehmen deutliche Preissteigerungen hinnehmen. Dramatische Schwankungen in der Kostenstruktur fossiler Energieträger im Zusammenhang mit Pandemie und Lieferengpässen, niedrige Gasspeichermengen in Europa, die Erholung der Nachfrage insbesondere in China und Asien, Ausfälle und Wartungsarbeiten an der Infrastruktur, die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreises und der Atomausstieg waren Ursachen dieses Anstiegs.

Seit Beginn des Krieges wurden die vorherigen Entwicklungen nochmal deutlich übertroffen. Die Kraftstoffpreise an den Tankstellen haben die Zwei-Euro-Marke überschritten und viele Pendler fragen sich, ob der Weg zur Arbeit überhaupt noch Kosten deckend ist.

Auch in der Industrie, insbesondere bei den energieintensiven Unternehmen, ist die Lage dramatisch. Es ist kaum möglich, die gestiegenen Kosten in diesem Umfang an die eigenen Kunden weiterzugeben und so zehren die hohen Energieausgaben genau jene Rücklagen auf, die eigentlich für den Umstieg auf verbrauchsärmere und umweltfreundlichere Alternativen gedacht waren. Hier kann der Freistaat unmittelbar helfen und die Thüringer Standorte der energieintensiven Unternehmen durch ein Nothilfeprogramm vor dem Aus bewahren.

Gleichzeitig haben sich die Einnahmen des Staates aus den zahlreichen Steuern auf die Energieprodukte wie Strom, Treibstoff, Öl und Gas mit dem Anstieg der Preise ebenfalls erhöht. Dies versetzt den Staat in die Lage, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Teile ihres eigenen Geldes zurückzugeben und sie in dieser Ausnahmesituation zu entlasten.

Für die Fraktion:

Bühl